
FORUM: Gewerkschaften



Konrad Klingenburg: Die Gewerkschaften in turbulenten Zeiten- Aus dem Abseits in die kontrollierte Offensive

Konrad Klingenburg, geb. 1965 in Saarbrücken, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie, von 1995 bis 2000 Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten, ist seit 2000 Referatsleiter in der Grundsatzabteilung beim DGB-Bundesvorstand.

Die Gewerkschaften sind in der Defensive und dafür sind sie mit verantwortlich. Aber es gibt keinen Grund für den gebückten Gang, für Demut oder Verzagtheit. Die Gründe für das inzwischen immer gewerkschaftsfeindlichere Klima im Land liegen nicht nur bei den Organisationen selbst. Sie haben viel mit grundsätzlich unterschiedlichen Wertemodellen und Politikansätzen zu tun. Stehen die Gewerkschaften deswegen so in der Kritik, weil sie unverändert skeptisch und ablehnend auf die Reformvorhaben der Bundesregierung reagieren, deren Sinnhaftigkeit, Seriosität und Erfolgsaussichten in der Tat hoch fragwürdig sind - aber eben dem entsprechen, was der Mainstream von Ökonomen, Journalisten und anderen fordert?

Auffällig ist jedenfalls, mit welcher Vehemenz seit etlichen Monaten verbal auf die Gewerkschaften eingeschlagen wird. Ganz so unbedeutend können sie demnach noch nicht sein, sonst müssten Politiker, Journalisten, weise Wirtschaftswissenschaftler und Demoskopen nicht derartig lautstark vorgehen. Gewerkschafts-bashing ist zur Mode geworden. Wer als ebenso erfolg- wie belangloser Politiker der „Merz- und Westerwelle-Liga“ eine schnelle Schlagzeile braucht, der attackiert mit möglichst rüden Worten Sommer oder Bsirske – oder lieber noch Jürgen Peters und die IG Metall. Die Redaktionen greifen das vielfach gerne auf, denn mit Gewerkschaften hat man dort nichts mehr am Hut, und der Funktionär ist allemal der größere Schurke als ein CEO, der dank betrügerischer Machenschaften eine Milliardenpleite hinlegt. Natürlich klingt das schrecklich platt und hat den Beigeschmack von Verfolgungswahn. Aber ist die Wahrnehmung falsch?

Ärgerlicher als die Kritik als solches ist ihre Undifferenziertheit. Denn das, was den Gewerkschaften und vor allem ihren Mitgliedern aus Politikermündern und Journalistenfedern entgegenschlägt, wird der ebenso mühsamen wie wertvollen täglichen Arbeit von Tausenden von Betriebsräten in gar keiner Weise gerecht. Dass diese Arbeit – dank der Mitbestimmung vielfach problemlösungsorientiertes Co-Management - nicht zuletzt auch Unternehmen am Laufen hält, spielt überhaupt keine Rolle. Allerdings weist dieser Umstand auch schon auf eines der Probleme der Gewerkschaften hin: Die Wahrnehmung ihrer Vorstände als fundamentalistische politische Blockademacht unterscheidet sich erheblich von der Realität der lösungsorientierten und problembewussten Arbeit von Betriebsräten.

Diesen Zustand mag man so lange beklagen wie man will – man ändert ihn dadurch noch nicht. Und man macht sich angreifbar für den Vorwurf, das eigene Gedankengebäude nicht den veränderten Realitäten angepasst zu haben und deswegen in Larmoyanz und Weinerlichkeit, im Klagen über die schlechte Welt im Allgemeinen und die böse Politik und Presse im Besonderen zu verharren. Es ist dann allemal zielführender, sich etwas ausführlicher mit dem Umfeld zu befassen, in dem der DGB und die Gewerkschaften wie jede gesellschaftspolitisch wichtige Kraft heute agieren. Erst vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, auf die Krise der Gewerkschaften einzugehen.

Keine Konkurrenz, nur Einheitsbrei ohne Vielfalt

Ist es im September 2003 opportun, die einzig wirklich bedeutsame „K-Frage“ zu stellen: Welche Wirkungen hat der konkurrenzlos gewordene, globalisierte, deregulierte und marktradikale Kapitalismus nach 1989 entfaltet? Das Risiko einer solchen Fragestellung muss eingegangen werden. Schließlich geht es im Folgenden darum zu begründen, warum es die Gewerkschaften in einem ideologisch aufgeheizten Umfeld so schwer haben.

Mit dem Ende der Systemkonkurrenz hat in der Tat eine neue Zeitrechnung begonnen. Sie bedeutet für die Menschen im ehemaligen Ostblock Demokratie und Marktwirtschaft, sowie die Befreiung von diktatorischen Regimen. Doch Begriffe wie Globalisierung und Digitalisierung stehen auch für eine entfesselte, vom Adjektiv „sozial“ mehr und mehr entledigte Marktwirtschaft. Zusammenfassen lassen sich die Veränderungen mit der häufig zu lesenden Umschreibung, dass wir uns auf dem Weg von der Industrie- zur Wissensgesellschaft befinden. Eine Entwicklung, die auf gesellschaftlicher Ebene durch Begriffe wie Individualisierung und Flexibilisierung komplettiert wird.

Bis zum Ende der 1990er-Jahre war diese Entwicklung mit viel Optimismus verbunden. Doch mit dem Platzen der „New Economy Bubble“ hat sich ein jäher Stimmungsumschwung eingestellt. Da wurde zuerst mit enormem Werbeaufwand ein Volk an die Börse getrieben und nun steht es im Regen, alleingelassen und verunsichert. Bis auf die, die ihre Schäfchen rechtzeitig ins Trockene gebracht haben.

So stehen wir heute, im 50. Jahr der Erstbesteigung des Mount Everest, vor einem himalayahaft hohen Berg ungelöster Probleme. Sie sind nicht über Nacht über unser Land hereingebrochen. Betrachtet man die Lösungsangebote der Parteien, so stellt man fest, dass die Unterschiede zwischen dem sozial- und wirtschaftspolitischen Programm von SPD und CDU/CSU kaum noch wahrzunehmen sind, weniger was die Papierlage als was das konkrete politische Handeln angeht. Wir haben es bereits mit einer faktischen großen Koalition der Volksparteien zu tun.

Dabei wird von der rot-grünen Bundesregierung jenes Konzept verfolgt, das Otto Graf Lambsdorff bereits im September 1982 in seinem "Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" vorgelegt hat und das damals das Ende der sozial-liberalen Koalition und damit eine neue Politikausrichtung einleitete. Es überrascht nicht, dass es ganz und gar den Überlegungen der Arbeitgeberverbände entspricht, die selbstverständlich genau wissen, was sie wollen, denn ihr Handeln und ihre Propaganda basieren offensichtlich auf einer langfristig angelegten Strategie. Was sie anrichten, ist ihnen offensichtlich gleichgültig: Hauptsache, die eigenen Interessen kommen voll zum Zug.

Seit Jahren wird gebetsmühlenartig wiederholt, dass das Land am Ende sei. Grob zusammengefasst: Arbeitslosigkeit zu hoch, Wachstum zu niedrig. Vor allem, weil wir über unsere Verhältnisse leben. Der Sozialstaat ist zu üppig und er schützt auch noch jene, die Leistung verweigern. Weniger Staat und Steuern, mehr Markt und Eigenvorsorge werden als Lösungen vorgeschlagen. Die Logik ist einfach: Der Patient Bundesrepublik wird sich selbst überlassen, Mittel zur Gesundung werden ihm verweigert, Selbstregulierung wird als Therapie vorgeschlagen. Als Folge hat sich das gesellschaftliche Klima verändert. Die Deregulierung in der Wirtschaft geht mit der Individualisierung im Privaten einher. Wir beobachten die Auflösung der gesellschaftlichen Grundlagen, die dieses Land geprägt haben.

In diesem Umfeld müssen die Gewerkschaften es zwangsläufig schwer haben. Stehen sie doch für die von Bundespräsident Johannes Rau eingeklagten Werte, die nicht an der Börse

gehandelt werden. Und für die Verbindung von Humanisierung und Ordnungspolitik, von Lebens- und Arbeitswelt, die sie für wichtiger nehmen als reine Gewinnmaximierung.

Der DGB und die Gewerkschaften können sich mit ihren Positionen kaum gegen eine Politik und veröffentlichte Meinung behaupten, für die Wachstum alles ist. Um sich mit der Kritik an ihrem Tun nicht auseinandersetzen zu müssen, ist es für die Meinungsmacher aller Orten einfacher, einen Sündenbock zu suchen. Nahe liegend ist es dann zu behaupten, die Gewerkschaften als lautstarke Kritiker seien nicht mehr zeitgemäß. Ab durch die neue Mitte mit Solidarität und Gerechtigkeit heißt es flächendeckend in den Äußerungen der großen Reformatoren.

Doch was ist der Preis dafür? Wie sieht es wirklich aus mit der Bilanz der liberalen Politikwende? Man könnte sagen, Deregulierung und Privatisierung lassen die Lichter ausgehen, in den USA und unlängst in London. Und auch wenn der Strom noch aus der Dose kommt, ist die Bilanz in Deutschland alles andere als rosig. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung sind hoch wie gehabt, Investitionen sind zu niedrig, die Infrastruktur verfällt, Ton und Umgang in der Ellenbogengesellschaft sind schroffer denn je.

Am gravierendsten – auch für das gesellschaftliche Klima – kann sich aber auswirken, dass der in den Bankrott getriebene Staat seine Kernaufgaben nicht mehr wahrnimmt. Einen armen Staat können sich jedoch nur diejenigen leisten, die dann vom privaten Sicherheitsdienst bis zur elitären Privat-Uni das Angebot selbst bezahlen, das sie für sich und ihre Familien in Anspruch nehmen wollen. Ob SPD-Generalsekretär Olaf Scholz auch daran gedacht hat, als er den Gerechtigkeitsbegriff neu zu definieren begann? Die PISA-Ergebnisse und der 2000 veröffentlichte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegen jedenfalls, dass in unserem Land die soziale Herkunft nach wie vor entscheidend die Bildungschancen vorherbestimmt.

Unter dem Strich bleibt festzuhalten: Keines des vom Grafen Lambsdorff dereinst benannten Probleme wurde gelöst, sie haben sich im Gegenteil weiter verschärft. Die Wiedervereinigung hat dazu viel beigetragen, ist aber nicht der alleinige Grund. Operation misslungen, aber der Patient ist immer noch nicht ganz tot. Doch anstatt über die Therapieform und Medikamentierung einmal grundsätzlich neu nachzudenken und vielleicht auch den einen oder anderen Fehler zu korrigieren, wird einfach die Dosis erhöht: noch weniger Steuern, noch mehr Selbstbeteiligung, noch mehr Druck auf „die Abzocker“- und die Richtung der Politik bleibt gleich.

Was Gerhard Schröder vor vielen Jahren für die Wirtschaftspolitik postuliert hat, sollte für Politik insgesamt gelten: Es ist nicht entscheidend, ob sie rechts oder links ist, sondern ob sie gut oder schlecht ist. Noch wichtiger als alle „K-Fragen“ ist mithin die „Q-Frage“, die nach der Qualität des politischen Programms und Handelns. Doch die Qualität der Politik der vergangenen Jahre war eben nicht gut. Das Thema Demographie ist ein Musterbeispiel für die Entscheidungsschwäche von Politik. Wohl kaum eine gesellschaftliche Entwicklung war je mit so vielen Daten so genau vorhergesagt. Die wurden mit tief betroffenen Warnrufen beklagt, gehandelt wurde nicht. Und anstatt darüber zu spekulieren, wie niedrig die Rente im Jahr 2050 sein wird, könnten sich doch unsere Auguren auch einmal der praktischen Frage zuwenden, wie sich die Arbeitswelt so gestalten lässt, dass die Menschen überhaupt länger als bis 65 arbeiten können.

Natürlich gewinnen auch internationale Einflussfaktoren an Bedeutung für die nationale Politikgestaltung – von der Globalisierung allgemein bis hin zu sehr konkreten Richtlinien der EU-Kommission. Aber: Die deutsche Politik vermittelt seit Jahren den Eindruck, unsere Gesellschaft sei bloß Opfer dieser Entwicklungen. Das ist Unsinn, wir profitieren von der

Globalisierung und können sie genauso gestalten wie den demographischen Wandel. Nur ist die Frage, ob die bisher angewendete Rezeptur der Deregulierung dafür geeignet ist. Im Zeitalter des „Politainment – der Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft“ (Andreas Dörner) zählen aber nur noch die einfachen Antworten. Diese Entwicklung wird von beiden Seiten, also Politik und Medien, befördert. Verkaufte wird von den spin doctors allemal wichtiger genommen als politische Inhalte. Das Programm reduziert sich auf bedruckte Schuhsohlen. Der in Berlin tätige und verselbständigte politisch-journalistische Komplex lässt Zweifel oder gar Kritik an seinem Handeln nicht zu.

Die Rolle der Medien

Überraschend ist es schon, dass das Versagen der Politik, auch ihr offensichtliches „over spinning“, in den Redaktionsstuben niemanden mehr zum Nachdenken darüber anregt, ob der eingeschlagene Weg denn der richtige ist. Liegt das daran, dass die Redaktionen genug mit den Problemen in der eigenen Branche zu tun haben? Oder daran, dass eine neue Generation von Journalisten an der Arbeit ist, die mit der Ideologie der Deregulierung und entfesselten Marktwirtschaft aufgewachsen ist? Ist der „Generation Golf“ und den folgenden das Werte-Korsett wirklich so fremd, das dieses Land einmal geprägt hat? Haben wir es also mit einer Mischung aus Ahnungslosigkeit, Existenzangst und Überzeugungstäterschaft zu tun? Die Uniformität der Meinungen, der Etikettierungen, des Schubladendenkens und auch der (Vor)Urteile ist jedenfalls erschreckend.

Natürlich stecken auch die Medien insgesamt in der Krise. Natürlich müssen die wenigen noch verbliebenen Anzeigenkunden bei der Stange gehalten werden und natürlich gelingt das nicht, wenn zu kritisch über „die Wirtschaft“ berichtet wird. Und natürlich hat sich die Medienlandschaft in Berlin extrem verändert, ist der Konkurrenzkampf größer und härter geworden.

Aber bei allem Verständnis bleiben viele Fragen: Sind nicht die Chefredakteure und Kommentatoren, die seit Jahren, als würden sie geheimen Absprachen folgen, Deregulierung predigen, auch der Aufklärung und dem Allgemeinwohl verpflichtet? Wer definiert eigentlich dieses Allgemeinwohl? Nur die Ex-Kanzler und Alt-Bundespräsidenten, die regelmäßig einen Ruck propagieren, den es nur geben kann, wenn wir uns vom „Sozialklimbim“ verabschieden? Woran liegt es, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen von zwei Jahrzehnten der Deregulierung nicht stattfindet? Hat der Politikwechsel à la Graf Lambsdorff das Land nach vorne gebracht? Was bringt uns der Rückzug des bankrotten Staates tatsächlich? Warum werden Seiten mit „Florida-Rolf“ gefüllt und nicht mit der Skandalisierung der Tatsache, dass trotz Steuersenkung und Bürokratieabbau deutsche Unternehmen Tausende von vor allem hoch innovativen Arbeitsplätzen ins Ausland verlagern oder - wie Infineon-Chef Ulrich Schumacher - ganz ungeniert damit drohen? Und sei es, um von schlechten Geschäftszahlen abzulenken. Was ist moralisch an einer Unternehmens-Politik, die hier zwar Forschungsgelder abgreift, aber dann keine Steuern mehr bezahlt? Wie hoch ist der volkswirtschaftliche Schaden durch Sozialmissbrauch verglichen mit Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung?

Diese Fragen werden nicht einmal mehr gestellt und das ist das eigentlich Erschreckende an der schönen neuen Medienwelt zwischen Containern und Casting-Shows. Sie ist bunter und schriller, aber auch niveauloser und gleichförmiger geworden. „Fakten-Fakten-Fakten“ sollen und wollen die Medien liefern. Warum aber blenden sie dann alle aus, die der

herrschenden Meinung von der Deregulierung widersprechen? Ausnahmen (etwa die im August 2003 laufende exzellente Serie von Peter Bofinger in der Frankfurter Rundschau, die auch im Internet nachgelesen werden kann, oder diverse Artikel in „Die Zeit“) bestätigen diese Regel. Warum nimmt denn kaum jemand zur Kenntnis, dass es in anderen Ländern viel höhere Arbeitskosten gibt als in Deutschland? Warum lesen wir nie etwas über die Entwicklung der Realeinkommen, sehr wohl aber über die unverantwortlichen Tarifforderungen? Warum will niemand wahrhaben, dass die Steuern in Deutschland im internationalen Vergleich niedrig sind? Oder dass auch in Ländern mit kürzeren Arbeitszeiten nicht die Lichter ausgegangen sind? Wie soll weniger Kündigungsschutz oder mehr Druck auf Arbeitslose neue Jobs liefern, wenn ganze Regionen zu „Arbeitsmarkt-Brachen“ (Christian Tenbrock) geworden sind?

Die Qualität gerade der sozialpolitischen Berichterstattung in den Medien lässt jedenfalls viel zu wünschen übrig. Vieles ist von Ideologie geprägt, mangelnde Sorgfalt spiegelt sich in kleinen Fehlern wider, z.B. wenn die renommierte FAZ fälschlicherweise den Vorsitzenden der IG BCE, Hubertus Schmoldt, zum Mitglied des Bundestages erhebt. Und noch ein Aspekt: Von Agenturen und Initiativen vorproduzierte Artikel und Beiträge mehren sich. So tauchte im Wirtschaftsteil der Berliner Zeitung vor einigen Wochen ein wie ein redaktioneller Beitrag formulierter Hinweis auf eine Veranstaltung in der Hauptstadtrepräsentanz von Infineon auf. Der Informationsgehalt war gleich Null, gleichwohl wurde das der Veranstaltung innewohnende Interesse des Unternehmens als Wirtschafts-Nachricht verkauft. Haben wir es nun auch schon mit dem in Vorstandsetagen „embedded reporter“ zu tun?

Statt aus der Lebenswelt berichtet auch die Tagesschau lieber vom Aktienparkett, von Quartalsergebnissen und nicht von Arbeitsplatzbilanzen. Da darf dann der Reporter mit mehr oder weniger bebender Stimme täglich darauf hinweisen, dass Unternehmen X im letzten Quartal statt 500 Millionen nur 350 Millionen Euro Gewinn gemacht hat und daraufhin die Analystin von der Ratingagentur Y eine Warnung ausgesprochen hat, in deren Folge wiederum der Kurs der Aktie eingebrochen ist. Der Geschäftsklimaindex hat sich für ein ganzes Land zur Fieberkurve entwickelt. Ob diese Berichterstattung wirklich angemessen und wichtig ist?

All das wäre ein kleineres Problem, wenn wir nicht in einer Mediendemokratie leben würden. Die Medien setzen Themen und machen Karrieren, sie beschleunigen sogar Gesetzgebungsverfahren. Und sie spielen natürlich eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung von Politik und damit auch bei dem Versuch, auf Vorgaben der Politik zu reagieren. Wegen ihrer gewachsenen Bedeutung müssen sich dann aber auch Journalistinnen und Journalisten nach ihrer Verantwortung für das Land fragen lassen.

Der Terror der Ökonomen

Deregulierung der Wirtschaft und Degenerierung des Denkens gehen Hand in Hand. Die „Geschwätzigkeit von Professoren“ - so titelte unlängst die Süddeutsche Zeitung, zugegeben in einem anderen Zusammenhang - leistet dazu einen großen Beitrag.

Die Direktoren der führenden Wirtschaftsinstitute ergehen sich in ihrer Cassandra-Rolle. Sie sind Stars in vielen Talk-Shows, finden aber nur Gehör, wenn sie besonders brutale Vorschläge machen oder in besonders dunklem Farbton Schwarzseherei betreiben. Ob ihre Prognosen zutreffen oder nicht spielt nur selten, meistens aber eigentlich keine Rolle. Was schert mich denn auch mein Geschwätz von gestern? Hauptsache, die Präsenz in den Medien ist gesichert.

Doch selbst der Laie weiß: Wirtschaft hat viel mit Psychologie zu tun. Warum sollten die Menschen aber ihren so heftig kritisierten „Konsum-Boycott“ abbrechen, wenn ihnen immer wieder erzählt wird, dass sowieso kein Wachstum kommt, die Arbeitslosigkeit hoch bleibt und insgesamt keine Chance auf Besserung in Sicht ist. Man muss kein Instituts-Direktor zu sein, um zu wissen, dass so das Angstsparen nicht überwunden wird.

Es wäre demnach einmal lohnend genau zu untersuchen, wie gut die Prognosen unserer Experten sind und was diese geschäftstüchtigen und publicitybewussten Wirtschaftsweisen eigentlich anrichten. Aber vom Professoren-Thron herab lässt sich ja auch bequem und sicher von Flexibilisierung, Niedriglohn und mehr Druck schwadronieren. Einem Wachmann mit einem Stundelohn von fünf Euro wird danach nicht der Sinn stehen.

Bei aller Kritik an Politik, Medien und Wissenschaft haben aber die schlechte öffentliche Performance der Gewerkschaften und ihre Image-Probleme auch mit ihren eigenen Defiziten zu tun. Oft wird es den eh schon wenig geneigten Berichterstattern zu einfach gemacht. Schlagzeilen gibt es dann, wenn führende Gewerkschafter mit Inhalt und Tonfall ihrer Worte wieder nur dem Klischee der Blockierer und Nein-Sager entsprechen. In diesem Umfeld sind abweichende Meinungen oder gar konstruktive eigene Vorschläge, wie dieses Land modernisiert werden kann, schon weniger interessant. Das ist allerdings auch insofern erstaunlich, als es den Arbeitgebern gelingt, mit ihren wirklich ollen Kamellen regelmäßig positive Schlagzeilen zu machen.

Die Sündenböcke – Lage und Image der Gewerkschaften

Zum Glück war der Sommer 2003 gut und heiß. Und um es gleich zu sagen: Für die große Trockenheit sind die Gewerkschaften nicht haftbar zu machen. Ansonsten gibt es aber kaum ein Problem, als dessen Ursache nicht zumindest auch sie angesehen werden. Gewerkschaften gelten als Blockierer, Bremser und ewige Nein-Sager. Sie sind gegen alles und wenn sie überhaupt für etwas sind, dann für alte Werte und vermeintlich nicht mehr angebrachte und zeitgemäße Politikansätze.

Dieses Image haben die Gewerkschaften nicht ohne eigenes Zutun: Ihre Reflexe auf wie immer geartetes Regierungshandeln sind leicht berechenbar, weil immer gleich. Ihre Antworten sind in aller Regel eine Mischung aus Rabulistik, Drohung und Muskelspiel. So erinnert gewerkschaftliches Handeln leider viel zu oft an das Muster der self-fulfilling prophecy: es wird abgelehnt und gedroht und nicht gestaltet – mit dem Ergebnis, dass sich dann tatsächlich die vorher befürchteten schlechten Ergebnisse einstellen.

Immer nur dagegen zu sein, ist zu wenig. Das haben viele in den Gewerkschaften verstanden und vor allem wollen das auch die Mitglieder nicht. Sie erwarten eine lösungsorientierte Arbeit, wie sie sie von ihren Betriebsräten in aller Regel kennen. Zu einem solchen Ansatz gehört aber auch deutlich zu sagen, was nicht gewollt ist und welche Ansätze man aus welchen Gründen für falsch hält. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik, wie sie seit vielen Jahren gemacht wird, ist dann konstruktiv, wenn die richtigen Fragen gestellt und eben auch eigene Antworten gegeben werden. Es wäre nicht verantwortungsvoll und auch nicht zukunftsweisend, auf das dumpfe „Weiter so“ zu setzen, wenn Schwächen und Mängel der Politik so offensichtlich geworden sind. Da braucht es Ablenkung und Diffamierung, die hohe Zustimmungsraten in den Umfragen verspricht. Der Sozialstaat wird erst zum Gewerkschaftsstaat umetikettiert und dann zum Abschluss

freigegeben. Für die bankrotten Kommunen wird die Tarifpolitik von verdi verantwortlich gemacht, nicht aber die Steuerverweigerung der Unternehmen und die sie befördernde Politik der Bundesregierung.

Ist die Kritik an den Gewerkschaften also so heftig, weil sie auch im fünften Jahr Rot-Grün noch unbequeme und richtige Fragen stellen? Weil sie als eine der letzten großen gesellschaftlichen Gruppen die Unterstützung für eine Politik des genauso maß- wie planlosen Sozialabbaus verweigern, was die Kirchen zum Beispiel nicht mehr leisten? Weil sie nicht die „Reparaturkolonne der Politik“ (Berthold Huber) sein wollen?

Einige wenige Beispiele für das, was die Gewerkschaften sich angeblich haben zu schulden kommen lassen, verstärken diese Eindrücke:

- Sie haben die Strukturveränderungen in der deutschen Wirtschaft und die Entstehung neuer Beschäftigungsverhältnisse nicht nur verschlafen, sondern sogar bekämpft. Falsch, denn es waren die Gewerkschaften, die Leiharbeit aus der Schmutzdecke geholt haben.
- Gewerkschaften verweigern „dem Konsumenten“ das Recht, rund um die Uhr einzukaufen, nur weil sie darauf hinweisen, dass auch die Beschäftigten in den Konsum-Tempeln Menschen mit einem Familienleben sind.
- Gewerkschaften wollen am unbezahlbaren Sozialstaat festhalten und sperren sich gegen alles, was nach Flexibilisierung und Individualisierung riecht. Ja, und das ist auch gut so. Denn Reformen, die nur Patienten belasten, verdienen diese Bezeichnung nicht. Genauso wenig wie solche, die Arbeitslose pauschal abstrafen oder Junge gegen Alte bei der Rente ausspielen wollen.
- Und die Gewerkschaften verweigern der Wirtschaft die Luft zum Atmen, weil sie sich gegen betriebliche Bündnisse für Arbeit sperren, am Flächentarifvertrag festhalten und vielleicht sogar noch Arbeitszeitpolitik zum Thema machen. Viele, die gegen den Flächentarif schießen, haben vermutlich noch nie einen Betrieb von innen gesehen und konkret keine Vorstellung von der Arbeit von Betriebsräten sowie der Flexibilität der deutschen Tariflandschaft mit ihren rund 57.000 Verträgen.

Und lagen denn die Gewerkschaften nicht meistens richtig? War es zum Beispiel so falsch, vor den zwischenzeitlich so gehypten Arbeits-Modellen der New Economy zu warnen? Vor der Selbst-Ausbeutung und auch Selbst-Überschätzung von Firmengründern und vermeintlichen Visionären? War der Hinweis nicht richtig, dass gemeinsamer Pizza-Verzehr um Mitternacht kein Ersatz für geregelte Arbeitsbeziehungen ist? Zumindest ganz falsch kann er nicht gewesen sein, denn in einigen Start Ups gab es spätestens dann Betriebsräte, als die Aktienkurse im freien Fall waren und die Beschäftigten trotz aller Dynamik auf die Straße gesetzt wurden. Überhaupt ist es ein interessantes Phänomen zu sehen, dass Gewerkschaften dann wieder Zulauf haben, wenn Jobs gefährdet sind. Bei Siemens in München hat die IG Metall das erlebt; verdi aktuell nach den angekündigten Kürzungen im Öffentlichen Dienst.

Vielleicht haben die Kritiker in den Arbeitgeberverbänden und in den Parteien einfach nur ein ausgemachtes Eigeninteresse daran, vom eigenen Versagen abzulenken und den Gewerkschaften den Schwarzen Peter und damit die Verantwortung für die Probleme des Landes zuzuschieben. Das Problem ist in der Tat: Sie sind dabei sehr erfolgreich. Es ist schon grotesk, wenn nun die Präsidenten der Arbeitgeberverbände ihrer tiefen Sorge über die Krise der Gewerkschaften Ausdruck verleihen und kaum noch müde werden zu bekunden, dass sie doch für alle wichtigen Groß-Reformen vom Arbeitsmarkt bis zur Zuwanderung gebraucht werden.

An guten Ratschlägen für die Gewerkschaften mangelt es insgesamt nicht. Sie lassen sich mit einem Wort zusammenfassen: kapitulieren! Ärgerlich ist nur, dass am lautstärksten diejenigen auf den Plan treten, die so gar nichts zur Bewältigung der Probleme des Landes beigetragen haben. Allen voran neben vielen Lei(d)tartiklern die Damen und Herren von der ehemals liberalen Partei Deutschlands. Nachdem sie mehrere Jahrzehnte mit an den Kabinetttischen gesessen haben, wollen sie es nicht gewesen sein. Da ist es schon bequemer, um sich zu schlagen – nicht zuletzt um von eigener Verantwortung und Substanzlosigkeit abzulenken.

So ist es zum Beispiel doch befremdlich, dass eine Partei, die immer vom Wettbewerb faselt, ihn ausgerechnet dann ablehnt, wenn die eigene Klientel (Ärzte, Apotheker, Architekten oder Steuerberater) stärker betroffen sein soll. Man mag sich den hyperventilierenden Guido Westerwelle in seiner tief empfundenen Empörung gar nicht vorstellen, wenn er für ähnliche Inkonsequenz und Unaufrichtigkeit gegen den Vorsitzenden einer Gewerkschaft zu Felde ziehen könnte. Das Ärgerliche ist nur: Niemand setzt sich mit der FDP in dieser Weise auseinander. Oder ist sie mit Narrenfreiheit abgeschrieben? Umgekehrt ließe sich dann folgern: Wenn die Gewerkschaften so heftig kritisiert werden, dann scheinen sie mit ihrer Kritik so falsch nicht zu liegen.

Unstrittig ist: Erfolgreich konnten die Gewerkschafts-Kritiker nur sein, weil der DGB und die Gewerkschaften in der Tat viele Angriffspunkte bieten. Es gibt da nichts zu beschönigen. Als Beleg muss man gar nicht den gescheiterten Streik und die Führungsquerelen der IG Metall im Frühsommer 2003 anführen.

Probleme gibt es schon viel länger. Dafür ist der Mitgliederverlust nur ein, aber ein ganz wichtiges Indiz. Er resultiert aus dem Strukturwandel (Stichworte Stahl, Textil oder Bau) und der aus ihm folgenden hohen Arbeitslosigkeit, es wird dann auch an Beiträgen gespart. Zweiter wichtiger Faktor ist die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Doch diese Erklärungen greifen wie der Hinweis auf die Fehler bei der „großen Politik“ - Stichwort Protest gegen die „Agenda 2010“ - zu kurz. Wer Mitglied einer Gewerkschaft wird, muss ein Prozent seines Bruttolohnes an Beitrag leisten. Da entscheidet eben ein nüchternes Kosten-Nutzen-Kalkül, das konkrete Angebot im Betrieb, am Arbeitsplatz, ob jemand eintritt oder nicht.

Gerade bei gut ausgebildeten jungen Menschen und insbesondere bei Frauen haben die Gewerkschaften Rekrutierungsprobleme. Wenn sie stark sind, dann noch in der „alten Ökonomie“. Frauen und Angestellte sind in den Gewerkschaften weniger repräsentiert als es ihrem Anteil an allen Beschäftigten entspräche. Vor allem „die mit den weißen Kragen“, die Wissensarbeiter, anzusprechen – das funktioniert trotz vieler Modellprojekte (zum Beispiel „connex.av.“ oder „students at work“) der Gewerkschaften noch nicht gut genug. Weder der Ton noch das Angebot sind offenbar angemessen. Allerdings trifft das nicht nur die Gewerkschaften, sondern steht für den großen kulturellen Wandel der Gesellschaft. Auch Kirchen und Parteien verlieren nicht ohne Grund seit vielen Jahren Mitglieder. Klassische Milieus sind verschwunden, in denen auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft qua Geburt vorgegeben war.

Für die Gewerkschaften ist es ein Teufelskreis: Mit schwindenden Mitgliederzahlen werden auch die finanziellen Möglichkeiten knapper. Eine denkbar schlechte Voraussetzung, um die vielen „weißen Flecken“ zu beseitigen, also Betriebe, in denen Gewerkschaften gar nicht vertreten sind. Ohne Ansprache vor Ort lassen sich aber keine neuen Mitglieder werben. Ein Problem, das sich wegen des Strukturwandels und der Abnahme von Betriebsgrößen noch verschärft und auch mit neuen Medien nur sehr begrenzt auffangen lässt.

Modernisieren, nicht blockieren

Aus diesen Schwierigkeiten heraus gibt es keinen Königsweg. Klare politische Ziele, klare Botschaften und ein gutes Angebot sind jedoch unverzichtbar. Themen wie Weiterbildung, lebensbegleitendes Lernen, eine flexible Arbeitszeitpolitik oder die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind es, die in Zukunft das gewerkschaftliche Angebot ergänzen müssen. Zeit wird zum Beispiel gerade für gut ausgebildete Beschäftigte zu einem knappen Gut. Das in einer qualitativ ausgerichteten Tarifpolitik aufzugreifen, die Zeitwohlstand neben materiellen stellt, ist eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen.

Auch wenn es nicht modern klingen mag: Was gut ist für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ist auch gut für das Land und seine Wirtschaft. Es geht also um eine Verbindung der Interessen der Unternehmen und der Beschäftigten. Denn natürlich haben Gewerkschaften und konkret die Betriebsräte ein hohes Interesse am Erfolg „ihrer“ Unternehmen. Eine den Interessen beider Sozialpartner gerecht werdende Verbindung von Flexibilität und Sicherheit, eine Gestaltung von Arbeitsbedingungen, die Innovationen fördern, und ein Ausbau der Mitbestimmung auch in global tätigen Konzernen sind Ansätze für moderne industrielle Beziehungen.

Ziel des DGB und der Gewerkschaften ist es darüber hinaus, und das mag manchen Kritiker überraschen, die Modernisierung der Bundesrepublik mitzugestalten. Modernisierung setzt Reformen voraus, das haben die Gewerkschaften ganz genau verstanden. Aber eben keine Reformen, die Probleme nicht lösen und nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belasten. Das klingt nach alter Rhetorik – ist es aber nicht. Denn erstens erleben wir seit Jahren genau dieses mit der Konsequenz, dass die Probleme sich weiter verschärfen. Und zweitens haben die Gewerkschaften mit dem Titel „Mut um Umsteuern“ schon Anfang Mai 2003 sehr wohl konstruktive Vorschläge zu den unterschiedlichsten Themen eingebracht. Sie haben sich dafür ausgesprochen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik neu auszurichten, die Abgabenbelastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie der Wirtschaft zu senken, die sozialen Sicherungssysteme solidarisch zu erneuern, die notwendige Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen und zu fördern, Tarifpolitik und Mitbestimmung innovativ weiterzuentwickeln und das Thema Innovation und Bildung stärker in den Mittelpunkt von Reformpolitik zu stellen. Dieses Programm lässt sich unter der Überschrift „Sozial gerechte Modernisierung“ zusammenfassen.

Daran werden die Gewerkschaften gerne mitarbeiten. Was sie aber nicht tun werden, ist der Forderung nachzugeben, sich zu einem ADAC für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu entwickeln. Allerdings hat dieser Hinweis zumindest einen Pferdefuß: Der ADAC ist mehr als ein Dienstleister, er betreibt erfolgreich knallharte Lobby-Politik. Und die Gewerkschaften vertreten die Interessen der abhängig beschäftigten Menschen und nicht nur ihrer immer noch weit über sieben Millionen Mitglieder. Ziel ihres Handelns ist es, die Arbeits- und Lebensbedingungen so positiv wie möglich zu gestalten. Dazu gehört es auch, sie vor den Risiken der globalisierten Wirtschaft zu schützen. Und dafür zu sorgen, dass sie die Chancen nutzen können, die diese Wirtschaft ohne Frage auch bietet.